



Politik

EU-Frontalangriff auf Bargeld und finanzielle Privatsphäre

10. November 2025

5 Minuten Lesezeit

von [Thomas Oysmüller](#)

Bis 2027 führt die EU eine dreifache Neuregulierungen im Zahlungssystem durch. Es soll die größte Umgestaltung des Euro-Währungssystems seit 1999 werden, Bargeld wird massiv beschränkt, Bitcoin und Co weiter reguliert.

Januar 2027: Jeder Euro über 10.000 € wird zu illegalem Zahlungsmittel. Jeder Bitcoin benötigt eine Genehmigung der Regierung. Jede Transaktion wird zu einem Datenpunkt im Überwachungsnetzwerk Brüssels. Diese drei Regulierungen werden bis 2027 in der EU umgesetzt. Damit wird nicht nur Bargeld und finanzielle Freiheit angegriffen, sondern auch der Digitale Euro vorbereitet.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür sind bereits geschaffen: die Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche (AMLR 2024/1624), die Verordnung über Märkte für Krypto-Assets (MiCA 2023/1114). Der australische Finanzexperte Shanaka Anslem Perera veröffentlichte am Sonntag eine umfassende Analyse der EU-Finanzpläne. Sein Urteil ist dramatisch:

„Diese Mechanismen werden, sobald sie in Kraft treten, ein beispielloses System der finanziellen Rückverfolgbarkeit schaffen – eines, das nach Ansicht der europäischen Institutionen die Bürger schützt, das aber laut Kritikern die Grundlage für eine umfassende wirtschaftliche Überwachung bilden könnte.“

Perera macht drei – bereits beschlossene – Regulierungen aus, die ein finanzieller Reset seien:

- **Bargeldobergrenze** — Ab 2027 dürfen Geschäfte über 10.000 Euro nicht mehr bar bezahlt werden. Größere Bargeldbeträge verlieren damit ihre Funktion als legales Zahlungsmittel für Alltagsgeschäfte wie Autokäufe oder Immobilien. Die EU begründet dies mit der Bekämpfung von Schwarzgeld – jährlich sollen rund 500 Milliarden Euro in Europa gewaschen werden. Zudem müssen Banken und einige Händler verpflichtende Kundenprüfungen bei Zahlungen über 3.000 Euro durchführen.

- **Krypto unter Kontrolle** — Anonyme Wallets und Kryptowährungen, die absolut anonym sind (wie Monero) werden verboten. Jede Transaktion über 1.000 Euro erfordert Identitätsnachweis (KYC). Selbst gehostete Wallets ohne staatliche Genehmigung verschwinden. Krypto-Börsen müssen jede Bewegung melden. *„Das ist kein Vorschlag mehr, das ist Gesetz.“*
- **Digitaler Euro** – dazu schreibt Perera: Das Projekt der Europäischen Zentralbank zur Einführung einer digitalen Währung, das sich derzeit in der Prototypenphase befindet und voraussichtlich 2029 umgesetzt werden soll, vervollständigt die Architektur. Im Gegensatz zum digitalen Yuan in China, der programmierbare Beschränkungen und die Überwachung von Transaktionen ermöglicht, hat sich die EZB zu einem „Privacy-First“-Konzept verpflichtet. Die technischen Spezifikationen deuten darauf hin, dass der digitale Euro als Bargeldäquivalent für Offline-Transaktionen dienen würde, mit verbesserten Datenschutzmaßnahmen für Routinezahlungen unterhalb der regulatorischen Schwellenwerte.

Der digitale Euro würde eine staatlich ausgegebene Alternative bieten, die theoretisch die Privatsphäre bei Transaktionen wahrt und gleichzeitig innerhalb des neuen regulatorischen Rahmens funktioniert. Europäische Beamte positionieren ihn als Lösung für genau die Bedenken, die durch ihre anderen politischen Maßnahmen aufgeworfen wurden – als eine Möglichkeit, die Privatsphäre bei Transaktionen mit geringem Wert zu wahren und gleichzeitig die Rückverfolgbarkeit verdächtiger Aktivitäten zu gewährleisten.

Doch die Bedenken hinsichtlich finanzieller Freiheit und Privatsphäre beim digitalen Euro sind groß. Diskutiert werden Haltegrenzen pro Person, Ablaufdatum des Geldes sowie Zweckgebundenheit, jede Transaktion kann nachverfolgbar werden.

Die EZB betont Privatsphäre und „Freiheit der Wahl“, Kritiker vergleichen es mit Chinas programmierbarem Yuan, der Ausgaben steuern oder Geld verfallen lassen kann.

Perera resümiert in seiner ausführlichen Analyse – [ein Blick aus Australien auf die EU-Bürokratie \(https://substack.com/home/post/p-178473086\)](https://substack.com/home/post/p-178473086) :

Die Finanzreform der Europäischen Union für 2027 wirft eine grundlegende Frage über das Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit in modernen Gesellschaften auf. Kann umfassende finanzielle Rückverfolgbarkeit mit einem sinnvollen Schutz der Privatsphäre des Einzelnen koexistieren? Erfordern wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche eine nahezu vollständige Transparenz der Transaktionen, oder können technische und politische Konzepte die Anonymität legitimer Aktivitäten wahren und gleichzeitig kriminelle Geldflüsse aufdecken?

Europäische Beamte beantworten diese Frage mit Ja – das Rahmenwerk bekämpft Kriminalität und schützt gleichzeitig die Bürger. Kritiker argumentieren, dass die Frage eine falsche Prämisse enthält: dass diese Ziele miteinander vereinbar sind und nicht im Widerspruch zueinanderstehen. Die technische Infrastruktur für eine umfassende Überwachung kann, sobald sie einmal aufgebaut ist, für Zwecke genutzt werden, die über ihre ursprüngliche Rechtfertigung hinausgehen. Zukünftige Regierungen, die unterschiedlichen Druck ausgesetzt sind, könnten Sicherheit vor Datenschutz, Kontrolle vor Freiheit und Stabilität vor Freiheit priorisieren.

Die Lösung bleibt bis zur tatsächlichen Umsetzung ungewiss. Das Bekenntnis der Europäischen Zentralbank zu einer datenschutzkonformen Gestaltung der digitalen Währung würde, wenn es in der Praxis eingehalten wird, das europäische Modell vom chinesischen Autoritarismus unterscheiden. Der Durchsetzungsansatz der Anti-Geldwäsche-Behörde – die Bekämpfung krimineller Netzwerke unter Wahrung der legitimen Privatsphäre – wird darüber entscheiden, ob das Rahmenwerk die erklärten Ziele erreicht oder eine schleichende Ausweitung der Aufgaben ermöglicht.

Unbestritten ist das Ausmaß des derzeit stattfindenden Wandels. Bis 2027 wird die Europäische Union nach grundlegend anderen Währungsregeln

arbeiten als denen, die das Finanzwesen im vergangenen Jahrhundert geprägt haben. Das Experiment könnte beweisen, dass fortgeschrittene Volkswirtschaften sowohl Sicherheit als auch Freiheit gewährleisten können, und damit ein Modell für die globale Nachahmung bieten. Oder es könnte zeigen, dass umfassende Rückverfolgbarkeit und individuelle Privatsphäre nicht nebeneinander bestehen können und Gesellschaften gezwungen sind, sich zwischen beiden zu entscheiden.

Die Welt beobachtet diesen risikoreichen Test konkurrierender Werte – Sicherheit versus Privatsphäre, Kontrolle versus Freiheit, kollektive Sicherheit versus individuelle Freiheit. Die Entscheidung Europas wird nicht nur seine eigene Zukunft prägen, sondern auch die Entwicklung der globalen Finanzarchitektur für die kommenden Jahrzehnte.

Bild „50 euros“ by Remo- is licensed under CC BY-NC 2.0.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge TKP auf Telegram oder GETTR und abonniere unseren Newsletter.

[Impfzwang für Babys und Kinder – Lizenz zur Körperverletzung \(https://tkp.at/2025/11/09/impfzwang-fuer-babys-und-kinder-lizenz-zur-koerperverletzung/\)](https://tkp.at/2025/11/09/impfzwang-fuer-babys-und-kinder-lizenz-zur-koerperverletzung/)

[Australien erweitert Anwendung seines digitalen ID-Systems auf Wohnungsmarkt \(https://tkp.at/2025/11/10/australien-erweitert-anwendung-seines-digitalen-id-systems-auf-wohnungsmarkt/\)](https://tkp.at/2025/11/10/australien-erweitert-anwendung-seines-digitalen-id-systems-auf-wohnungsmarkt/)